

MEXIKO: REFORMER UND BETONKÖPFE

Frank Priess



Frank Priess ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Mexiko.

MIT KABINETTSREFORMEN ZU POLITISCHEN REFORMEN

Nach gut 16 Monaten Regierungsarbeit hat sich gezeigt, dass Felipe Calderón im Gegensatz zu seinem Vorgänger Vicente Fox dafür sorgt, dass sich alle Minister in die Kabinettsdisziplin einfügen und ein einheitliches Bild der Regierungsmannschaft vermittelt wird. Das hat allerdings auch dazu geführt, dass verschiedene wichtige Amtsträger kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten und in diesem Sinne als Aktivposten gelten können. Folgerichtig ist der Präsident mit spektakulären Veränderungen im Kabinett ins Jahr 2008 gestartet:

Der bisherige Innenminister Francisco Ramírez Acuña wurde durch den bisherigen Leiter des Präsidialamtes und engen Präsidentenvertrauten Juan Camilo Mouriño abgelöst. Diese Ernennung löste vielfältige Kommentare aus, nicht zuletzt aufgrund der ausgeprägten Öl- und Energieinteressen von Mouriños in Spanien lebender und aus Spanien stammender Familie. Auch wird immer wieder seine mexikanische Staatsbürgerschaft in Frage gestellt – Voraussetzung für die Bekleidung eines Regierungsamts in Mexiko.

Mouriños deutlich „abgespeckten“ Posten im Präsidentenumfeld – hauptsächlich bleibt er für die interne Koordination innerhalb des Präsidialamtes zuständig – wiederum übernahm Gerardo Ruiz Mateos, der bisher den Beraterstab im Präsidialamt geleitet hatte. Ruiz Mateos gehört seit zwölf Jahren

Rund 16 Monate nach Amtsbeginn der Regierung Calderón und rund 16 Monate vor der Zwischenwahl zum Abgeordnetenhaus 2009 kann sich die Bilanz des Präsidenten sehen lassen – auf seine Partei und deren Wahlergebnisse aber hat dies nicht abgefärbt. Im Gegenteil: Gestärkt ist der Wahlverlierer 2006, die langjährige „Staatspartei“ PRI. Auf der Linken ist der PRD vorwiegend mit sich selbst beschäftigt. Einige Reformvorhaben sind abgearbeitet, zentrale Aufgaben stehen noch an: vor allem die Reform des Energiesektors und des Arbeitsmarktes. Auch ist nicht klar, wie sich eine Rezession in den USA auf die Entwicklung in Mexiko auswirken würde.

dem PAN an und bekleidete dort den Posten des Exekutivsekretärs zu der Zeit, als Calderón Parteichef war. Ruiz ist von Haus aus Ingenieur und hat einen Abschluss der einflussreichen Privatuniversität TEC in Mexikos Industriehochburg Monterrey. Später hat er sich – u.a. in enger Verbindung mit dem christlichen Unternehmerverband USEM, dessen Vorsitzender er im Jahr 2000 war – auf dem Gebiet von Wirtschaft und Finanzen mit einem *diplomado* aber auch in Sozialpolitik spezialisiert. Neben Stationen in der Privatwirtschaft weist seine Karriere auch eine Führungsposition der Mexikanischen Stiftung für Ländliche Entwicklung (FMDR) im Bundesstaat Mexiko auf.

Durch verschiedene Funktionen aufgewertet wurde der Posten des Büroleiters des Präsidenten, Cesar Nava. Ebenso wie Kommunikationschef Maximiliano Cortazar ist er nun direkt dem Präsidenten zugeordnet und nicht mehr vom Leiter des Präsidialamtes abhängig.

Nach dem Rücktritt des Ministers für öffentliche Angelegenheiten, Germán Martínez, – er ist mittlerweile PAN-Vorsitzender – ist inzwischen auch Sozialministerin Beatriz Zavala Peniche zurückgetreten. Sie wird künftig ihren Sitz im Senat wahrnehmen, von dem sie sich für das Regierungsamt hatte beurlauben lassen. Auch wird sie im Parteivorstand des PAN künftig für die Kontakte zur Regierung zuständig sein. Nachfolger ist der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium und enge Vertrauter des Präsidenten, Ernesto Cordero Arroyo. Sein Nachfolger als Staatssekretär im Finanzministerium wird Dionisio Pérez-Jacome Friscione. Dieser wiederum hatte vorher dem Beraterstab im Präsidialamt angehört und kommt, wie viele Kabinettsmitglieder, aus der einflussreichen privaten Wirtschaftsuniversität ITAM, dem Instituto Tecnológico Autónomo de México, zu dem auch der Präsident nach wie vor eine enge Verbindung hat.

Ein weiterer zentraler Akteur im Kabinett ist Finanzminister Agustín Carstens Carstens – von einem wichtigen Währungsfonds-Posten nach Mexiko zurückgekehrt – der nach seinem Erfolg bei der Durchsetzung der Steuerreform nun damit beschäftigt ist, die mexikanische Wirtschaft gut durch die Gefahren einer sich abschwächenden Weltkonjunktur zu steuern. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit sind angesichts des blutigen „Krieges gegen die Drogenmafia“ Sicherheitsminister Genaro Garcia Luna und Generalstaatsanwalt Eduardo Medi-

na Mora. Beide hätten bei der gerade verabschiedeten Justizreform sicher gern eine Erweiterung der Befugnisse für die Strafverfolgungsbehörden und vor allem die Polizei durchgesetzt – dafür allerdings gab es keine Parlamentsmehrheit.

Außenministerin Patricia Espinosa steht selten im Rampenlicht, betreibt aber nachhaltig den von Präsident Calderón vorgegebenen Weg der Wiederannäherung an Lateinamerika und nicht zuletzt an Kuba. Mitte März besuchte sie die Insel und dokumentierte damit eine Normalisierung der Beziehungen, die unter der engagierten Menschenrechtspolitik der Regierung Fox, aber auch unter ihrem unbeholfenen außenpolitischen Stil nachhaltig gelitten hatten. Nicht zuletzt wurden Hindernisse für vertiefte wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern aus dem Weg geräumt, etwa in der Frage der kubanischen Altschulden gegenüber Mexiko. Hilfreich dürfte Kubas Unterstützung auch beim Vorhaben Mexikos sein, im Jahr 2009 wieder als Nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat zurückzukehren. Parallel übernahm das Land temporär den Vorsitz der Rio-Gruppe in turbulenten Zeiten: Gerade im Konflikt zwischen Kolumbien und Ecuador nach dem spektakulären Schlag der Kolumbianer gegen ein Terrorcamp der Guerillaorganisation FARC auf ekuadorianischem Territorium versuchte Mexiko, eine konstruktiv-ausgleichende Rolle zu spielen. Erschwert wird diese Zurückhaltung allerdings dadurch, dass sich unter den Opfern des Angriffs auch vier Mexikaner befanden. Ruhe ist für die Calderón-Regierung an der außenpolitischen Front erste Bürgerpflicht: Das begrenzte politische Kapital wird für die Veränderungen im Inneren gebraucht, außenpolitische Eklats mit innenpolitischen Konsequenzen sind dabei nicht zu gebrauchen.

PARTEIPOLITIK IN TURBULENTEN ZEITEN

Zentrale Herausforderung für die Regierungspartei PAN ist ein Erfolg bei den Zwischenwahlen 2009. Dabei wird das komplette Abgeordnetenhaus neu gewählt. Momentan stellt der PAN mit rund 40 Prozent der Abgeordneten zwar klar die stärkste Fraktion, ist von der absoluten Mehrheit aber deutlich entfernt. Die Hoffnung ist, diese zu erreichen – das mexikanische Wahlrecht begünstigt die stärkste Partei – und in der zweiten Halbzeit der Präsidentschaft Calderóns einen größeren Handlungsspielraum zu erlangen.

Gegenwärtig sehen die Aussichten dafür allerdings wenig erfolgversprechend aus: Der PAN hat 2007 und 2008 wichtige Regionalwahlen verloren und zahlt für die politischen Kompromisse, gerade mit dem PRI, einen hohen politischen Preis. Mit den Themen Sicherheit und Soziales will man jetzt punkten, auch das engagierte Infrastrukturprogramm der Regierung mit der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze soll helfen.

Um die Partei geschlossen hinter sich zu bringen, hatte Calderón im Dezember 2007 seinen bisherigen Minister für öffentliche Aufgaben und langjährigen Weggefährten ins Rennen um den PAN-Vorsitz geschickt, den dieser mit rund 97 Prozent der Stimmen auch erringen konnte. Andere mögliche Kandidaten hatten allerdings die für den PAN untypischen einseitigen Wettbewerbsbedingungen beklagt und von Kandidaturen Abstand genommen. Gleichzeitig fanden im PAN-Vorstand – hier hat die „Präsidentenfraktion“ jetzt eine klare Dominanz – und im hauptamtlichen Parteiapparat wichtige Veränderungen statt. Von den rund 200 Parteimitarbeitern, die German Martínez von seinem Vorgänger Manuel Espino Barrientos übernahm, wurden rund zwei Drittel unmittelbar entlassen und durch Vertrauensleute des neuen Mannes an der Spitze ersetzt. Allerdings muss sich Calderón, nicht nur in der Sicht der öffentlichen Meinung, jetzt auch alle Niederlagen und Misserfolge seiner Partei direkt zuschreiben lassen.

Unmittelbare Erfolge brachte dieser Wechsel noch nicht: Der PAN fuhr bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in den Bundesstaaten Quintana Roo und Baja California Sur am 3. Februar überaus flache Ergebnisse ein und verlor noch die wenigen bisherigen Hochburgen. In beiden Bundesstaaten festigten der PRI bzw. der PRD ihre Positionen, während der PAN nur partielle Achtungserfolge erzielen konnte. Einen weiteren Rückschlag musste der PAN im Bundesstaat Hidalgo hinnehmen, wo am 17. Februar gewählt wurde: in allen 18 Wahlbezirken setzten sich die Kandidaten des PRI durch. Nach Wählerstimmen deutlich vor dem PAN platzierte sich auch der PRD. Rund 315 000 Stimmen entfielen auf den PRI, knapp 80 000 auf den PAN. Mit rund 36,5 Prozent war die Wahlbeteiligung einmal mehr äußerst gering.

Für 2008 stehen nun noch in drei weiteren Bundesstaaten – Nayarit, Coahuila und Guerrero – Kommunal- und Landtagswahlen an, allerdings überall mit ebenfalls geringen Erfolgs-

aussichten für den PAN, für den es erst 2009 richtig ernst wird: Derzeit sprechen nicht nur Pessimisten davon, dass die Partei rund ein Viertel ihrer etwa 200 Abgeordnetensitze sowie zwei Gouverneursposten in wichtigen Bundesstaaten verlieren könnte. Für Prognosen aber ist es eindeutig noch zu früh. Immerhin zeigen Umfragen wie die in der Tageszeitung *Reforma* vom 16. März die Veränderung des Meinungsklimas: Wären zu diesem Zeitpunkt Wahlen, hätten 30 Prozent der Befragten nach eigenen Angaben PAN gewählt, 25 Prozent PRI und 19 Prozent PRD. Auf die kleineren Parteien entfielen danach acht Prozent, sechs Prozent gaben an, nicht wählen zu wollen, und zwölf Prozent äußerten keine Meinung.

GESTÄRKTER PRI

Die bisherigen Ergebnisse von Regionalwahlen sprechen eine noch deutlichere Sprache: Gestärkt wurde in der bisherigen Regierungszeit Calderóns vor allem die frühere „Staatspartei“ PRI, die (mit ihren Vorläufern) Mexiko seit den Tagen der mexikanischen Revolution und bis zum spektakulären Wechsel hin zu Vicente Fox (PAN) im Jahr 2000 regierte. Der PRI regiert rund zwei Drittel der mexikanischen Bundesstaaten und die Mehrheit der rund 1500 mexikanischen Städte und Gemeinden. Allerdings verfügt er derzeit mit der Parteivorsitzenden Beatriz Paredes nicht über eine starke „Zentralgewalt“: Die Macht des PRI liegt bei seinen Gouverneuren und den Fraktionsvorsitzenden der Partei in Senat und Abgeordnetenhaus. Einige von ihnen, allen voran der Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto, gelten als Aspiranten für die Präsidentschaftskandidatur 2012, ebenso der Fraktionsvorsitzende der Partei im Senat und „Chef-Strippenzieher“, Manlio Fabio Beltrones.

Der PRI wurde bei den Wahlen 2006 mit seinem Präsidentschaftskandidaten Roberto Madrazo abgeschlagen nur dritte Kraft, profitierte anschließend im Kongress aber von seiner Rolle als Zünglein an der Waage. Er zeigte sich konstruktiv, allerdings gegen einen hohen politischen Preis. Wichtige Reformen wie die der Sozialversicherung für Staatsbedienstete, des Wahlrechts und des Steuersystems wurden vom PRI mitgetragen. Bei den Haushaltsberatungen sorgte der PRI dafür, dass vor allem die Bundesstaaten erhebliche Mittelzuweisungen erhielten, was vor allem seinen Gouverneuren zugute kam. Diese setzten die Mittel auch unverholen für klientelistische und wahltaktische Maßnahmen ein – mit spektakulären

Erfolgen. So konnten selbst die höchst umstrittenen Gouverneure von Oaxaca und Puebla, Ulises Ruiz und Mario Marín, bei ihren Landtagswahlen 2007 deutliche absolute Mehrheiten in den Regionalparlamenten für sich verbuchen und kommunale Positionen stark ausbauen. In seinem Kommentar „Den PRI aufhalten“ schreibt Jorge Zepeda Patterson dazu: „Noch schlimmer als das ist, dass der PRI das Land koregiert, mit allen Vorteilen, aber ohne jegliche Kosten. Aus dem Sitz des Kopiloten schreibt er alle Regierungserfolge auf sein Konto, muss aber für keinen der Fehler geradestehen. Die Fraktionsvorsitzenden des PRI hatten bei allen Reformen Calderóns das letzte Wort.“ (*El Universal*, 16. März 2008) Ein schönes Geschenk zum 79. Geburtstag, den die Partei gerade feierte.

Eine gute Grundlage für 2009. 2007 gelang es der Partei auch, den bei der Wahl zuvor an den PAN verlorenen Gouverneursposten im Bundesstaat Yucatán eindrucksvoll zurückzuerobern.

Nach den bereits erwähnten Wahlen in Baja California Sur und Quintana Roo kommentierte der Hintergrunddienst *Seminario Político* vom 8. Februar die Lage zutreffend so: „Die Rolle des regionalen Kazikentums dominiert erneut das politische Szenario Mexikos. Die Auflösung der präsidentiellen Gewalt hat die Macht der 32 lokalen Amtsinhaber vervielfacht. Antiquierte Machtpraktiken feierten ihre Wiederauferstehung, inklusive fast beleidigender familiärer Vormachtstellungen wie im Falle von Baja California.“

CHAOS BEIM PRD

Noch vor Weihnachten hatte sich der verhinderte Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) in den laufenden Kampf um den Parteivorsitz des PRD eingemischt, über den am 16. März in einem Mitgliedervotum entschieden werden sollte. Er gab ein klares Votum für Alejandro Encinas Rodríguez ab, den Mann, der ihm als Hauptstadtbürgermeister nachgefolgt war und nach AMLOs Wahlniederlage wochenlang den berühmten *plantón* ertrug, die Blockade des Hauptstadtboulevards Avenida Reforma. Die Moderaten, so López Obrador mit Blick auf seine innerparteilichen Gegner, seien nichts anderes als besonders ausgeschlafene Konservative. Der Gegenkandidat zu Encinas und Chef des pragmatischen Parteiflügels Nueva Izquierda, Jesús Ortega Martínez, ließ unmit-

telbar verlauten, das Votum AMLOs sei genauso wichtig wie das eines jeden anderen Parteimitglieds.

Am Tag des Mitgliederentscheids zeigte der PRD dann einmal mehr sein wahres Gesicht: die Partei, die dem nationalen Wahlinstitut IFE wegen der Präsidentschaftswahl 2006 heftige Vorwürfe machte und von Wahlmanipulationen sprach, demonstrierte mit dem Raub von Wahlurnen, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern unterschiedlicher Fraktionen, offener klientelistischer Einmischung von Amtsträgern der Partei, gefälschten Wahllisten und ähnlichem mehr, dass demokratische Spielregeln nur dann eingehalten werden, wenn es dem eigenen Vorteil dient. Von einem „Saustall“ sprachen angesehene Kommentatoren in den Tagen nach der Wahl, Parteisympathisanten zeigten sich konsterniert. „Es ist klar“, so der Analyst und TEC-Professor Macario Schettino in der Zeitung *El Universal* vom 24. März, „das der Wahlbetrug in den Genen des PRD beheimatet ist.“ Deshalb auch glaube die Partei, der Wahlbetrug sei auch anderswo allgegenwärtig.

Es gelang dem PRD noch nicht einmal, seine eigenen Statuten zu respektieren, die eine Bekanntgabe des Wahlergebnisses spätestens eine Woche nach dem Urnengang vorsehen. Die Schuld dafür spielten die Kandidaten der parteiinternen Wahlkommission (Comisión Técnica Electoral, CTE) unter Ex-PRI-Funktionär Arturo Nuñez zu – eine zweifelhafte Figur, die schon an den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 1988 unrühmlich beteiligt war. Dieser wiederum sah die widerstreitenden Lager in der Verantwortung. Die Kommission, so Nuñez, sei die „Geisel der Partikularinteressen“. Weder Encinas noch Ortega seien bereit, die internen Probleme zu lösen. Entsprechend brachte auch zwei Wochen später das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Encinas und Ortega noch keinen Sieger hervor, beide wandten sich lediglich gegen den Vorschlag, seitens des Parteipräsidiums einen Übergangspräsidenten einzusetzen. Auch lehnten sie den Vorschlag des langjährigen moralischen Führers der Partei, Cuauhtémoc Cárdenas, ab, die Wahl gleich ganz zu annullieren. Dieser hatte sich übrigens, ebenso wie sein Sohn, der frühere Gouverneur des Bundesstaates Michoacán, gar nicht erst an den internen Wahlen beteiligt.

Insgesamt ist das Klima in der Partei von gegenseitigen Verdächtigungen und Anwürfen gekennzeichnet: Die PRD-Abge-

ordnete Ruth Zavaleta etwa, Präsidentin des mexikanischen Abgeordnetenhauses, nannte AMLO einen *buscapleitos de taberna*, was auf Deutsch wohl soviel wie „Kneipen-Streithansel“ bedeutet. Vorher hatte dieser nämlich zu einem Treffen der Präsidentin mit dem neuen Innenminister gesagt, dieser „beeile sich, die Beine derjenigen zu betatschen, die dies zuließen, politisch gesprochen.“ Dieser sexistische Kommentar – er reiht sich ein in eine ganze Reihe von ähnlichen Äußerungen gerade gegen Ruth Zavaleta und ihre anerkannt neutrale Amtsführung als Präsidentin des Abgeordnetenhauses – führte zu einer ganzen Reihe kritischer Kommentare.

Die zurückgehenden Wählerpräferenzen hindern den PRD und seine Akteure nicht, ihre internen Konflikte sichtbar und lautstark auszutragen. Zwar konnte die Partei 2007 das Gouverneursamt im Bundesstaat Michoacán verteidigen und 2008 die Landtagswahlen im Bundesstaat Baja California eindrucksvoll gewinnen, ansonsten aber reihte sich Wahldebakel an Wahldebakel. Vor allem Wähler der Mitte, die 2006 für López Obrador votiert hatten, wandten sich angewidert ab. Allerdings hält ein harter Kern von etwa 20 Prozent der Wählerschaft treu zum populistischen Spitzenmann der Partei, der gerade mit massiven Attacken gegen jedwede Reform des Energiesektors versucht, Terrain zu gewinnen. Seine persönlichen Sympathiewerte sind nach aktuellen Umfragen sogar wieder angestiegen. Auch unterzieht er sich seit Monaten einem nicht zu unterschätzenden Marathon von Gemeindebesuchen im ganzen Land, bei denen er Hunderttausende von Wählern direkt erreicht. Gleichwohl bleibt die Partei stark auf die Hauptstadt und ihr Umland konzentriert, wo sie rund die Hälfte ihrer Mitglieder hat.

Da sich der PRD einer Wahlrechtsreform nicht verweigerte, die Nachteile für kleine Parteien bringt (sie können nicht mehr, wie bisher, in Bündnissen mit größeren Partnern vor der Wahl bestimmte Mandats- und Finanzausgaben innerhalb von Wahlallianzen aushandeln; die Mehrheit der PRD-Abgeordneten im Kongress votierte dafür, AMLO war vehement dagegen), gibt es ferner Spannungen im Zusammenschluss des Frente Amplio Progressista (FAP), einer Allianz des PRD mit den kleinen Parteien PT und Convergencia. Geführt wird der FAP vom ehemaligen EU-Botschafter Mexikos, Porfirio Muñoz Ledo. Er unterstützt, ebenso wie ein weiterer „starker Mann“ des PRD, Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard, die Positionen López Obradors.

Einmal mehr wird deutlich, dass in Mexiko eine moderne sozialdemokratische Partei von den Anhängern dieses Spektrums schmerzlich vermisst wird. „Das besondere an Mexiko ist,“ so der Soziologe Roger Bartra, „dass die beiden großen Strömungen der Linken im 20. Jahrhundert (der Kommunismus und die Sozialdemokratie, F.P.) keine bedeutende Präsenz im Lande haben, dafür aber ihre beiden marginalen Formen, der cardenistische Populismus und der linke Neo-Zapatismus“ (Bartra 2007:12). Und der liberale Historiker Enrique Krauze fügt hinzu: „Unglücklicherweise taucht eine moderne und liberale Linke am mexikanischen Horizont nicht auf“ (Krauze 2007, 21) Erschwerend tritt hinzu, dass das Verhältnis zur Gewalt in Teilen des PRD nicht eindeutig beantwortet ist und man eigentliche „alle Formen des Kampfes“ gegen die bestehenden Verhältnisse im weitesten Sinne für legitim hält, nicht erst seit dem erstmaligen Auftreten der Neo-Zapatisten um ihren „Subcommandante Marcos“ im Jahre 1994.

Hinzu kommt – allerdings nicht nur beim PRD – dass Mexiko traditionell wenig Erfahrung mit politischen Kompromissen oder gar „Koalitionsvereinbarungen“ hat. Zu Zeiten des PRI waren sie über Jahrzehnte nicht nötig, auch anschließend haftete ihnen immer der Geruch von Hinterzimmerpolitik, von eigentlich unappetitlichen Vereinbarungen zum unmittelbaren Wohle nur der direkt Beteiligten an. Stattdessen findet sich eine unverhohlene Sympathie – immer wieder überraschend gerade bei der intellektuellen Linken – für die „starken Männer“, für die Archetypen lateinamerikanischer „Caudillos“, wie sie gerade ein López Obrador perfekt verkörpert und auch in seinen Ämtern lebt. Seine Amtszeit an der Spitze der Hauptstadtverwaltung liefert dafür eindrucksvolle Beweise, sein Diktum: „Zum Teufel mit den Institutionen“ ist in jeder Hinsicht Programm. Die Volksdemokratie auf dem hauptstädtischen Zócalo reicht als Legitimation allemal aus. Da ist es dann nur folgerichtig, dass sein unmittelbares Umfeld, ebenso wie er selbst, aus dem PRI hervorgegangen ist, dem handlungsleitenden Subjekt der „perfekten Diktatur“, wie Mario Vargas Llosa so plastisch formulierte.

Im mexikanischen Parlament sind derzeit neben den drei Großen noch die Arbeiterpartei PT und Convergencia (beide in Allianz mit dem PRD), die mexikanischen Grünen PVEM – allerdings eher ein politischer „Familienbetrieb“ als eine echt ökologisch ausgerichtete Partei –, die der Lehrgewerkschaft nahe stehende Partei Nueva Alianza (PANAL) sowie die

Sozialdemokratische Alternative (PASC) der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Patricia Mercado vertreten. Sie alle haben die Hürde von zwei Prozent übersprungen, die das mexikanische Wahlrecht für die Beteiligung an der Parteienfinanzierung und den Erhalt der Parteiregistrierung vorsieht.

ANGST VOR EINER US-REZESSION

Mexikos Blick ist derzeit einmal mehr – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – stark auf die USA fixiert, mit denen das Land 85 Prozent seines Warenverkehrs abwickelt. Mit Blick auf eine mögliche US-Rezession haben verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute die Wachstumsraten Mexikos für das laufende Jahr inzwischen nach unten korrigiert. Mexiko werde von einem Wirtschaftsabschwung in den USA besonders betroffen sein, so die Meinung. Die Regierung verbreitete lange Optimismus: Mexiko sei dafür gut gerüstet, nicht zuletzt durch seine Öleinnahmen. Auch werde man mit einem umfangreichen Infrastrukturprogramm die Binnenkonjunktur beleben und negative Effekte von außen begrenzen können. Gerade bei der Infrastruktur, so auch der inzwischen von der Zeitschrift *Fortune* zu einem der reichsten Männer der Welt erklärte Carlos Slim, habe Mexiko großen Nachholbedarf. Um auch künftig wettbewerbsfähig zu sein, bedürfe es Investitionen von rund 60 Milliarden Dollar, was etwa sieben Prozent des mexikanischen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Ab Ende Januar allerdings senkte auch das Finanzministerium seine Wachstumsprognosen und geht jetzt von 2,8 Prozent aus – 0,9 Prozent weniger als zunächst veranschlagt und im Haushalt 2008 vorgesehen. Auch die Nationalbank korrigierte die ursprünglichen Erwartungen und geht jetzt von einem Wachstumskorridor zwischen 2,75 und 3,25 Prozent aus. Entsprechend geringer fallen auch die Erwartungen an die Schaffung neuer Arbeitsplätze aus.

An der wirtschaftlichen Heimatfront gab es allerdings auch Positives zu vermelden: Mexiko hat das Jahr 2007 mit einer offiziellen Inflationsrate von 3,76 Prozent beendet, so die Bank von Mexiko, die zweitniedrigste Rate seit 1976. Die gefühlte Inflation – gerade bei denen, die den Großteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse ausgeben müssen - ist allerdings deutlich höher, auch wurden verschiedene Inflationseffekte ins Jahr 2008 verschoben. Parallel hat das nationale Statistikinstitut INEGI für das abgelaufene Jahr wieder eine

erstaunlich niedrige Arbeitslosenquote bekanntgegeben: nur 3,72 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Mexikos sollen demnach im vergangenen Jahr ohne Job gewesen sein.

Gestiegen ist zu Beginn des Jahres (Januar) die Quote der Erwerbslosen in Mexiko. Sie beträgt nach INEGI-Angaben jetzt 4,06 Prozent oder 1,786 Millionen Menschen, rund 300 000 mehr als im Dezember 2007. Im gleichen Vorjahresmonat betrug die Quote 3,96 Prozent. Nach Analystenmeinung zeigt sich hier bereits eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Mexiko, Folge vor allem der Wirtschaftsentwicklung in den USA. Gleichzeitig wird ein Anteil von 6,4 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Mexikos als „unterbeschäftigt“ geführt. Deutlich gestiegen ist der Anteil derer, die im so genannten informellen Sektor beschäftigt sind.

Mit einem Zehn-Punkte-Plan will die Regierung Calderón derzeit den Auswirkungen einer möglichen Rezession in den USA auf Mexiko begegnen. Nachdem bereits im Februar ein Paket von Infrastrukturinvestitionen von rund vier Milliarden Dollar verkündet worden war, legte man jetzt ein weiteres Maßnahmenbündel im Wert von rund sechs Milliarden Dollar nach. So soll vor allem die Industrie mit Rabatten auf Steuervorauszahlungen, mit der Übernahme von Sozialkostenanteilen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und mit Abschlägen auf die Energiekosten unterstützt werden. Eine Milliarde Dollar soll in das Leitungsnetz des staatlichen Ölproduzenten PEMEX investiert werden. Investitionsanreize soll es speziell für Aktivitäten in marginalisierten Zonen des Landes geben. „Die Mehrheit der Maßnahmen“, so Finanzminister Agustín Carstens Carstens, „hat vorübergehenden Charakter. Wir wollen die Wirtschaft ankurbeln“.

REFORMAGENDA WIRD WEITER ABGEARBEITET

Die aktuelle Wirtschaftsdebatte belegt einmal mehr auch dringende Reformnotwendigkeiten Mexikos, die auf der *agenda* der Regierung stehen und in diesen Monaten abgearbeitet werden sollen. Erste Schritte waren bereits 2007 mit der Verabschiedung einer – allerdings bescheidenen – Steuerreform und der Reform des Pensionswesens für Staatsbedienstete (ISSSTE) erfolgt.

Das aktuelle Panorama wird allerdings auch von teils massiven Protesten gerade der Landbevölkerung gegen das seit

Anfang der neunziger Jahre bestehende Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (NAFTA, oder mexikanisch TLCAN) gekennzeichnet. Zu Beginn des Jahres 2008 sind die letzten Schutzmauern für die traditionellen mexikanischen Agrarprodukte Mais und Bohnen gefallen – man fürchtet, der Konkurrenz aus dem Norden nicht gewachsen zu sein. Statistiken für den Agrarsektor sind allerdings keineswegs eindeutig negativ. Gleichwohl hat Mexiko die 15-jährige Übergangsfrist unzureichend genutzt. Sein nicht zuletzt von Gemeineigentum (*ejidos*) und kleinbäuerlichen Betrieben geprägter Agrarsektor ist wenig wettbewerbsfähig, die Produktivität ist gering. Auch ist, gerade im armen mexikanischen Süden, eine deutliche Infrastrukturschwäche sichtbar.

JUSTIZREFORM UND MENSCHENRECHTE

Ein erster wichtiger Punkt auf der Regierungsagenda konnte am 26. Februar 2008 abgearbeitet werden: Das Abgeordnetenhaus beschloss nach intensiven Debatten die Justizreform. Allerdings wurden vor allem die mit Sicherheitsbelangen vorgesehenen erweiterten Zugriffsrechte der Polizei deutlich entschärft – Durchsuchungen ohne richterlichen Beschluss wird es auch künftig nicht geben. Mit 462 Stimmen – bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen – zeigte sich ein breiter Konsens bei der Reform der zehn Verfassungsartikel. Vorgesehen sind jetzt u.a. mündliche Verhandlungen, ein wichtiger Beitrag zur Transparenz in Gerichtsverfahren. Immerhin dürfte man dem Ziel, das bisherige inquisitorische Strafverfahren zumindest teilweise durch moderne und auf dem Anklagegrundatz beruhende Verfahrensweisen abzulösen, ein Stück näher gekommen sein. In der Verfassung finden sich danach zumindest die Prinzipien der Unschuldsvermutung, der Prozessgleichheit der Parteien und das Verwertungsverbot von Beweisen, die infolge von Menschenrechtsverletzungen erhoben wurden.

Ein nicht gelöstes Problem besteht allerdings in der Umsetzung dieser Verfassungsgebote in die nachgeordneten Gesetzesverfahren vor allem in den Bundesländern. Und hier – das Beispiel Oaxaca mag für viele stehen – hat sich die Modernisierung nicht in gleicher Weise durchgesetzt wie auf Bundesebene. Nach wie vor etwa ist eine funktionierende Gewaltenteilung nur Theorie, korporatistische Strukturen sind weiterhin vollständig intakt, an der Spitze der Pyramide herrschen Gouverneure wie in alten PRI-Zeiten nahezu unbeschränkt.

Lediglich eine wache Zivilgesellschaft hat es in der letzten Zeit zunehmend vollbracht, die Themen mindestens auf die Tagesordnung zu setzen und für eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit zu sorgen.

Insgesamt hat Mexiko mit Blick auf die Lage der Menschenrechte eine offene Flanke. Nationale und internationale Kommissionen legen regelmäßig beunruhigende Zahlen und Fälle vor. Allerdings hat Mexiko alle relevanten internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet und kooperiert mit der internationalen Gemeinschaft. Besuche von Menschenrechtsbeobachtern sind häufig. Ende März etwa informierten sich die CDU-Abgeordneten Holger Haibach und Bernward Müller über die Situation, im Februar war die Hochkommissarin der Vereinten Nationen, Louise Arbour, in Mexiko.

Man muss allerdings auch zugestehen, dass es sich bei zahlreichen immer wieder erwähnten Fällen um „Altlasten“ handelt, etwa beim Konflikt in Oaxaca oder bei den Vorkommnissen im Kontext der gewaltsamen Demonstrationen in San Salvador de Atenco im Jahre 2006. Auch weisen die verschiedenen Menschenrechtsreporte aus unterschiedlichen Quellen nicht selten erhebliche Inkonsistenzen und Widersprüche auf, die eine realistische Einschätzung erschweren.

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Lage von Medienvertretern, gerade im ländlichen Raum. In New York hat das internationale Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) im Dezember seinen Jahresbericht 2007 vorgelegt, wiederum mit alarmierenden Zahlen für Mexiko. Von insgesamt 67 weltweit ermordeten Journalisten fielen drei der Gewalt in Mexiko zum Opfer, wiederum der Spitzenwert in Lateinamerika. Erstmals seit 15 Jahren war übrigens kein kolumbianischer Journalist unter den Opfern. In Mexiko stehen die Morde in engem Zusammenhang mit journalistischen Recherchen zu Themen wie Korruption und Drogenkriminalität.

IDEOLOGIEDOMINIERTER DEBATTE ZUR ENERGIEWENDE

Oben auf der Reformagenda steht jetzt die Reform des Energiesektors und vor allem der staatlichen Ölgesellschaft PEMEX. Deren Schwierigkeiten liegen auf verschiedenen Ebenen. Sie ist nicht in der Lage, die interne Nachfrage zu be-

friedigen, die Investitionen sind zu gering, die technologischen Möglichkeiten sind zu begrenzt, der Abfluss von Einnahmen in den öffentlichen Haushalt ist überdimensioniert. Dies alles führt zu Nachteilen Mexikos im Vergleich zu Wettbewerbern, und der Trend wird durch das langsame Austrocknen des wichtigen Cantarell-Ölfeldes im Golf von Mexiko noch verstärkt. Die staatliche Allzuständigkeit im Energiesektor und die Monopolstellung von PEMEX in allem, was mit Energie zu tun hat, müssen fallen, das ist die Meinung der Experten, nicht aber die vieler Politiker und der öffentlichen Meinung. Die Debatte ist hoch emotionalisiert und bietet den Ultrationalisten im PRD und ihrem Lautsprecher AMLO ein Betätigungsfeld. Die Kosten für die Regierung sind nicht abzuschätzen.

In jedem Fall aber wird die Regierung nur Vorschläge durchsetzen können, die deutlich unterhalb einer Änderung der Verfassung, die den Staatsbesitz an der Energie vorschreibt, bleiben – der Staatsbesitz ist eine Regelung, die vom ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung als heilige Kuh betrachtet wird, die auf keinen Fall geschlachtet werden darf. Viele PRI-Regierungen haben sie über die Jahrzehnte hinsichtlich dieser „Errungenschaft der nationalen Revolution“ bestärkt – gerade erst gab es zum siebzigsten Jahrestag der Verstaatlichung der Ölfirmen durch General Lazaro Cárdenas große Feierlichkeiten, sowohl seitens der Regierung als auch der Opposition. Möglich erscheint immerhin, zumindest private Minderheitsbeteiligungen zuzulassen, das Raffineriegeschäft sowie Energietransport und -verteilung für den Privatsektor zu öffnen. Ein Vorbild dafür ist die Beteiligung privater Investoren an der Stromerzeugung und beim Gastransport, die in den neunziger Jahren noch vom PRI auf den Weg gebracht worden war.

Einen starken Gegner aller Reformen gibt es in Gestalt der PEMEX-Gewerkschaft, die eine Steigerung der Effizienz mit Personalabbau und einer Beschneidung ihrer ausgeweiteten Privilegien verbindet und heftig bekämpft.

Die Zahlen sind eindeutig: Das mexikanische Ölfeld Cantarell war mit Reserven von rund 35 Milliarden Barrel bei seiner Entdeckung das größte Feld weltweit auf dem Meeresboden. Es erreichte allerdings im Jahr 2004 mit einer Tagesproduktion von 2,1 Millionen Barrel seinen Höhepunkt und steht für rund 60 Prozent der mexikanischen Ölproduktion. Mittlerwei-

le allerdings ist die Produktion auf rund 1,6 Millionen Barrel täglich zurückgegangen und sinkt weiter dramatisch – ein Problem für den immer noch sechstgrößten Ölproduzenten der Welt, der allerdings nur etwa ein Prozent der weltweit nachgewiesenen Ölreserven auf seinem Territorium hat. 40 Prozent des Staatshaushaltes basieren auf den Öleinnahmen. Auf dem jetzigen Stand der nachgewiesenen Reserven und der heutigen Produktion kann Mexiko allerdings nur noch knapp zehn Jahre mit solchen Einkünften rechnen. Die Erschließung neuer Felder, soviel ist schon jetzt sicher, ist einerseits überaus teuer und langwierig, andererseits aber wird Technologie benötigt, über die PEMEX und Mexiko nicht verfügen. Strategische Allianzen müssen geknüpft werden, denn ohne diese sind die Firmen, die über hinreichendes Know-how gebieten, nicht zu einer Beteiligung bereit. Schon jetzt läuft die Zeit davon: über Jahrzehnte wurde die Firma – von innen und von außen, nicht zuletzt durch dramatische Korruptionsfälle – ausgebeutet, hinreichende Erhaltungs- und Entwicklungsinvestitionen unterblieben. Wie marode mittlerweile Teile der Infrastruktur sind, demonstrierte ein Feuer auf einer PEMEX-Plattform, das 21 Arbeiter im Oktober vergangenen Jahres das Leben kostete. Auch zeigte sich das Leitungsnetz besonders anfällig für Terroranschläge. Mexiko verbraucht derzeit täglich etwa Energie im Gegenwert von zwei Millionen Barrel Erdöl. Die eigene Produktion entspricht etwa 3,5 Millionen Barrel täglich, wovon zwei Millionen exportiert werden. Im Gegenzug importiert Mexiko 580 000 Barrel verarbeitete Erdölprodukte täglich, im Wesentlichen Benzin. Größte Verbraucher sind mit rund 43 Prozent der Verkehr und mit 29 Prozent die Industrie. „Mexiko entwickelt sich so von einer Situation der Energieunabhängigkeit zu einer der Abhängigkeit im Primärsektor,“ so die Wissenschaftlerin Rosío Vargas (2007, 12).

Kurios ist auch die Struktur der mexikanischen Exporte. Während in den vergangenen 20 Jahren nicht eine einzige neue Raffinerie entstand, importiert Mexiko derweil 40 Prozent seiner Treibstoffe aus den USA. Man exportiert vergleichsweise billig Öl und importiert dann die teuren Raffinerieprodukte.

Im Zusammenhang mit der PEMEX-Debatte versucht die Linksoption zudem, den bereits erwähnten Innenminister Juan Camillo Mouriño in die Schusslinie zu drängen. Er soll in seiner Zeit als Staatssekretär des Energieministeriums – da-

mals war Felipe Calderón dort Minister – mit Verträgen Vertraute und die Firmen seiner Familie begünstigt haben. Den Vorgang hatte die Zeitung *El Universal* Ende Februar öffentlich gemacht. Speziell geht es um Transportverträge, die die PEMEX-Raffinerien mit dem Dienstleister Transportes Especializados Ivancar und der Grupo Energético del Sureste abgeschlossen haben. „Ivan“ ist der Spitzname Mouriños. Darüber hinaus soll sich die Firma von Mouriños Schwiegervater Eduardo Escalante seit Amtsantritt der Regierung Calderón über eine erhebliche Zunahme von Staatsaufträgen freuen können – ihre aktuellen Auftragsbücher sollen mit öffentlichen Straßenbauverträgen für rund 100 Millionen Dollar gefüllt sein, eine Vervielfachung des Volumens in kürzester Zeit. Der PRD und seine Verbündeten wollen dazu einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Mittlerweile lehnt es auf Basis dieser Anschuldigungen auch der PRI ab, Mouriño als federführenden Regierungsvertreter in der aktuellen Diskussion um die Reform des Energiesektors zu akzeptieren. Nun wird Energieministerin Georgina Kessel die Verhandlungen leiten und den Dialog der unterschiedlichen Interessen und Standpunkte moderieren. Bis zum 30. April, dann endet die laufende Sitzungsperiode des Parlaments, muss wohl ein konsensfähiger Vorschlag auf dem Tisch liegen, sonst könnte das ganze Reformprojekt scheitern. Schon ab September, wenn die Parlamentarier ihre Beratungen wieder aufnehmen, könnte nämlich der Vorwahlkampf für 2009 beginnen und Kompromisse weiter erschweren.

Das träge dann auch ein weiteres dringendes Vorhaben, die Reform des überregulierten und unflexiblen Arbeitsmarktes. Ähnlich wie bei der Energiereform allerdings gibt es erhebliche politische Widerstände, hier Veränderungen vorzunehmen – nicht zuletzt beim PRD und den Gewerkschaften, aber auch bei Teilen des PRI, die sich traditionell auf die Gewerkschaften stützen. Und dass die Gewerkschaften gerade im parastaatlichen Bereich nichts von ihrem Einfluss verloren haben, zeigt der nur als unverantwortlich zu charakterisierende Tarifabschluss im Stromsektor, bei Luz y Fuerza, Mitte März: Danach steigen die Löhne um 4,25 Prozent, zusätzlich jeweils zwei Prozent gehen in einen Sparfonds und in Hilfen zur Fahrt an den Arbeitsplatz. Ferner wird eine Zusatzzahlung im Wert des Gehalts von 54 Arbeitstagen – gesetzlich vorgeschrieben sind 39 Tage – gewährt, daneben gibt es Gratis-

Stromzustellungen an die Mitarbeiter und ihre Gewerkschaften. Und das Schönste: Die Pensionen betragen 100 Prozent des letzten Gehaltes, ohne dass ein Mindestalter für die Pensionierung vorgegeben wäre – die zusätzlichen Sozialleistungen entsprechen auch im Alter denen der aktiv Beschäftigten. Da es in anderen staatlich kontrollierten Sektoren ähnlich aussieht, kann man sich die Lasten für Staatshaushalt und nicht zuletzt die Konsumenten vorstellen: Sie zahlen für schlechte Leistungen und schlechten Service seit je überhöhten Preise.

Derzeit ist nicht abzusehen, ob die Kraft der Regierung und ihr Verhandlungsgeschick ausreichen, signifikante Modernisierungen durchzusetzen. Das Fenster der Möglichkeiten dazu bleibt sicher nur noch begrenzte Zeit offen.

KRIEG GEGEN DIE DROGENMAFIA

Thematisiert werden Fragen der Menschenrechte auch hinsichtlich des Einsatzes des mexikanischen Militärs zur Bekämpfung der Drogenkriminalität. Die Soldaten sind mittlerweile – direkt nach dem Amtsantritt hat Felipe Calderón diese härtere Gangart gegen die Drogenkartelle angeordnet – in zahlreichen mexikanischen Bundesstaaten im Einsatz und unterstützen die Polizei. Allerdings zeigen immer neue Fälle, dass sie für Polizeiaufgaben nur begrenzt geeignet sind. Der Grund ihrer Dislozierung liegt aber vor allem im hohen Korruptionsniveau der Polizeikräfte – dem Militär wird auch von der Bevölkerung größeres Vertrauen entgegengebracht. So hofft man, die Infiltration des Justiz- und Polizeiapparats durch die Drogenkartelle wenigstens bis zu einem gewissen Grade unwirksam machen zu können.

Eine Polizeireform wäre also das Gebot der Stunde, allerdings ein schwer durchsetzbares: Es gibt in Mexiko viel zu viele nebeneinander existierende Polizeikörperschaften, meist unterbezahlt, schlecht trainiert und defizitär ausgerüstet. Der Militäreinsatz ist zunächst das zentrale Mittel, auf das die Regierung Calderón vertraut: Von 33 000 auf 43 000 Mann soll die aus dem Militär rekrutierte Bundespolizei PFP aufgestockt werden, parallel soll sich die Strafverfolgung durch die Justiz verbessern. Allerdings zeigen Vorkommnisse der jüngsten Zeit, dass Militärverbände, wie schon angedeutet, eben nicht für Polizeiaufgaben ausgebildet sind. Menschenrechtsorganisationen beobachten Mexiko hier sehr genau. Auch dürfte ihr

Verbleib in der Fläche die Korruptionsanfälligkeit ähnlich erhöhen, wie man dies aus der Polizei bereits kennt. Zum Militäreinsatz allerdings sieht die Regierung gerade angesichts der Korruption bei Polizei und Justiz wenig Alternativen, wie eine spektakuläre Aktion des Ministers für öffentliche Sicherheit, Genaro García Luna, 2007 zeigte: 284 Führungsfiguren von Bundes- und Steuerpolizei verloren von einem Tag auf den anderen ihre Funktion, unter ihnen die 34 Kommandanten der Bundespolizei in allen mexikanischen Bundesstaaten. Über Jahre, so Minister García Luna, sei nicht hinreichend in die Polizeikräfte investiert worden, denen es nun an Aufklärungsfähigkeiten mangle, deren operative Einsatzfähigkeit Defizite aufweise und die zudem über keine vertrauensvollen Bindungen zu den Bürgern verfügten. Schon die Gehaltssituation der Polizisten allerdings spricht dagegen, dass sich an dieser Lage schnell etwas ändern wird: Zwischen 140 und 280 Euro im Monat verdient ein durchschnittlicher Polizeibeamter – geradezu eine Einladung, diese Summe durch „Nebenverdienste“ aufzustocken.

Für Sergio Aguayo, einen langjährigen Beobachter der Szene, ist der Verlauf klar: „In den armen Gegenden rekrutiert das Heer, übernimmt Erziehungs- und Weiterbildungsaufgaben, zahlt aber niedrige Gehälter. Um die Kasernen streichen dann Firmen und Drogenkartelle, um die Besten und Brilliantesten für sich zu gewinnen. [...] Die Deserteure entwickeln sich dann zu gedungenen Mördern, die gleichzeitig das Funktionieren und die Operationsweisen der Sicherheitskräfte gut kennen und die gleiche Sprache sprechen.“ Bewaffnete Mörderbanden wie die so genannten *Zetas* („eine neue Generation von *sicarios*“, so die Zeitung *El Universal* über den „bewaffneten Arm“ des Golf-Kartells) oder *Los Valencia* profitieren dann davon. Ihre Rekrutierung von ehemaligen guatemalteckischen Elite-Soldaten, den so genannten *kaibiles*, war schon früher nachgewiesen worden. Nach Angaben der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft sind sie mittlerweile in mindestens 13 mexikanischen Bundesstaaten aktiv.

Ganz zentral für die Bekämpfung der Drogenkartelle aber wird es sein, deren „Schutznetze“ – bestehend auch aus hohen Polizei-, Militär- und Regierungschargen auf unterschiedlichen Ebenen – zu knacken, wie es etwa der Informationsdienst *Análisis Político* fordert. Hier dürfte sich auch zeigen, ob die spektakuläre Anfangsoffensive des Staates trägt und Erfolg sichern kann. Auch wird es ohne eine Flan-

kierung durch soziale Maßnahmen und solche im Agrarbereich, die den Drogenanbau wirkungsvoll unterbinden, nicht gehen.

Wieder zugenommen haben allerdings zu Beginn des Jahres 2008 die Berichte über Morde, die im Zusammenhang mit dem Drogenhandel stehen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht mindestens zehn Tote zu beklagen sind. Im Januar gab es 235 (2006: 176; 2007: 149) Opfer der Narco-Gewalt, ein Negativrekord! Zwischenzeitlich hatte es nach einer gewissen Beruhigung ausgesehen, bedingt auch durch offenbare Absprachen der Kartelle zur „Marktregulierung“.

Auswirkungen werden nicht zuletzt für den Tourismus gemeldet. Gerade Touristen aus den USA, die den Norden Mexikos besuchen, werden durch die erhebliche Gewalt, aber auch durch häufige Straßensperren des Militärs und andere Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit abgeschreckt. „Das Willkommen für die aus den USA kommenden Touristen“, so der Vorsitzende des mexikanischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Rafael Armendáriz Blázquez, „besteht in Straßensperren und dem Anblick des Militärs, wie es Zonen wie Matamoros kontrolliert, inklusive des Missbrauchs, den manche Beamte bei den Kontrollen treiben. Das ist ein schlechter Eindruck, der Touristen abschreckt.“ Die Hotels melden eine Auslastung von lediglich einem Drittel. Im Vergleich zum Jahr 2006 sollen Mexiko in den zurückliegenden zwölf Monaten damit fast 100 Millionen Dollar an Einnahmen entgangen sein. Gleichzeitig allerdings berichtet das Tourismusministerium von einem Anstieg der Touristenzahl von 3,4 Prozent, bezogen auf ganz Mexiko. Auch seien die Privatinvestitionen in diesem Sektor erheblich gestiegen.

BÜRGER BEKLAGEN DIE UNSICHERHEIT

Der Drogenkrieg reflektiert sich auch in der öffentlichen Meinung. Nach einer Umfrage von Liébano Sáenz, auf die sich sein Beitrag in der Zeitung *Reforma* vom 15. Januar 2008 stützt, sieht der Kommentator Sergio Sarmiento bei den Institutionen, in die die Bürger Vertrauen haben, das Militär und die Universitäten vorn, gefolgt von den eigenen Nachbarn, der Kirche, dem Präsidenten, dem Gouverneur des eigenen Bundesstaates, den Medien und dem Wahlinstitut IFE, trotz der heftigen Kritik der Politik an dessen Arbeit. Dagegen finden sich die Senatoren, die Gewerkschaften, die Polizei und

die Abgeordneten auf den letzten Plätzen öffentlicher Zustimmung.

Als ihr größtes Problem identifizieren die Befragten die Unsicherheit, die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Verbrechens zu werden. In der Hauptstadt berichten immerhin 60 Prozent von ihnen von Erfahrungen in der eigenen Familie, ein Spitzenwert in Mexiko. Dem Bundesdistrikt folgen die Bundesstaaten Mexiko, Baja California, Oaxaca, Aguascalientes und Michoacán. Am besten schneidet die Touristenregion Yucatán ab.

WAS BRINGEN DIE US-WAHLEN?

Gespannt blickt Mexiko in diesen Tagen in Richtung Norden: Die laufenden Vorwahlen und die entsprechenden Programme der aussichtsreichen Kandidaten, eine augenscheinlich vielerorts verschärfte Politik gegenüber illegalen Einwanderern, aber auch die Wirtschaftsentwicklung beim großen Nachbarn USA geben zu denken. Kommentatoren und Analysten versuchen vor allem zu ergründen, von welchem möglichen Präsidenten der USA Mexiko am meisten zu erwarten hätte. Die Bilanz fällt vergleichsweise ernüchternd aus:

Am meisten erwartet man noch vom republikanischen Senator John McCain, immerhin einem der Befürworter einer integralen Migrationsregelung, die Ende vergangenen Jahres im US-Kongress gescheitert war. Gemeinsam mit Edward Kennedy galt McCain als einer der Hauptprotagonisten; ein Sachverhalt, der ihm bei konservativen Republikanern zu schaden scheint, der ihm aber auch gerade bei Latino-Wählern auf die Habenseite geschrieben wird. Allerdings neigen diese traditionell eher zu den Demokraten, auch wenn Präsident George W. Bush im Wahlkampf 2004 gerade über „weiche Themen“ viele aus dieser auch sozial-konservativ-katholisch geprägten Gruppe für sich gewinnen konnte.

Hillary Clinton und Barack Obama ihrerseits haben sich immerhin mehr oder weniger vage dafür ausgesprochen, den Status der ohne Dokumente in den USA lebenden Migranten zu legalisieren. Obama ging so weit, Führerscheine für alle anzubieten, unabhängig von ihrem Migrationshintergrund.

So zielt man zwar auf Wähler mit Latino-Hintergrund in den USA, deren Herkunftsregion allerdings hält man für weitge-

hend unbedeutend. Lateinamerika spielt in den außenpolitischen Diskursen der Kandidaten so gut wie keine Rolle. Da wird dann auch gern ignoriert, dass die USA nach Lateinamerika viermal so viel exportieren wie nach China und dass Mexiko ein größerer Öllieferant ihres Landes ist als Saudi Arabien.

Eine neue Umfrage von Zogby International zeigt, wie gering die Bedeutung Lateinamerikas in den Augen der US-Amerikaner ist. Auf die Frage, welches die für US-Interessen bedeutendste Region der Welt sei, entschieden sich 42,5 Prozent der Befragten für den Nahen Osten, 20,3 Prozent für Asien, 12,5 Prozent für Europa und nur 7,3 Prozent für die südlichen Nachbarn. Nur Südasien, der Südpazifik mit Australien und Afrika blieben noch hinter diesem Wert zurück. Mexiko immerhin führt mit 42 Prozent der Antworten die Liste der Länder an, die man in Nordamerika für besonders US-freundlich hält. Es folgten Costa Rica, Brasilien und die Dominikanische Republik. Auf dem letzten Platz landet mit 1,6 Prozent Venezuela.

VERSCHÄRFTES MIGRATIONSKLIMA

Die Bedeutung der US-Bürger mit lateinamerikanischem Hintergrund allerdings steigt weiter. Nach einer gerade veröffentlichten Schätzung des mexikanischen Innenministeriums ist die Zahl der aus Mexiko stammenden Menschen in den USA auf 29,3 Millionen angewachsen, rund elf Millionen von ihnen seien mexikanische Staatsbürger, rund 6,2 Millionen verfügten nicht über eine Aufenthaltserlaubnis, so das Ministerium auf Basis einer entsprechenden Umfrage zur Migrationssituation jenseits der Nordgrenze Mexikos.

Nach Angaben der Weltbank – basierend auf Daten des US-Sicherheitsministeriums und des dortigen Census – gab es im Jahr 2007 an der Grenze zu Mexiko rund 850 000 Festnahmen (zum Vergleich: im Jahr 2000 wurden sogar 1,7 Millionen illegale Grenzgänger verhaftet). Rund 200 000 Mexikaner wurden im Jahr 2007 aus den USA ausgewiesen und in ihre Heimat zurückgeschickt. In den vergangenen sieben Jahren haben die USA die Zahl ihrer Grenzpolizisten von 9000 auf 15000 erhöht. Parallel setzt sich ein anderer langjähriger Trend an der Grenze fort: Fast jede Tag – so die nationale mexikanische Menschenrechtskommission CNDP – stirbt dort ein Mexikaner beim Versuch, in die USA zu gelangen. Die To-

desursachen sind vielfältig: Immer wieder ertrinken Menschen in den Grenzflüssen, verdursten bei der Durchquerung der Wüsten, erfrieren beim Menschenschmuggel in Containern, werden Opfer von Autounfällen bei Verfolgungsjagden mit der Grenzpolizei oder werden von dieser erschossen. Die erhöhten Kontrollen haben dazu geführt, dass immer schwierigere Wege des Grenzübertritts gesucht werden und die Wahrscheinlichkeit, dabei umzukommen, prozentual stark angestiegen ist.

Nach Angaben der Weltbank kommt mittlerweile auch die Höhe der so genannten *remesas*, Gelder, die Auslandsmexikaner in die Heimat überweisen, an ihre Grenze. Auf eine Summe von 25 Milliarden Dollar wird sie immerhin für 2007 beziffert. Damit gehört Mexiko allerdings neben Indien und China – deren Transfereinnahmehöhen liegen etwa auf gleichem Niveau – nach wie vor zu den drei größten Transferemfängerländern der Welt. Diese drei Länder stehen gleichzeitig für ein Drittel der Überweisungen, die Entwicklungsländer weltweit insgesamt von ihren im Ausland lebenden Bürgern erhalten. Die Wirtschaftskrise in den USA zeigt auch hier bereits ihre Auswirkungen: Rund 1000 Mexikaner täglich, so der Wissenschaftler Germán Vega Briones vom El Colegio de la Frontera Norte (COLEF), kehrten derzeit den USA den Rücken und kämen zurück nach Mexiko.

Gleichzeitig wurde allerdings auch bekanntgegeben, dass Mexiko im Jahr 2006 rund 192000 Menschen über seine Südgrenze deportiert hat, in der Mehrzahl Guatemalteken, Honduraner und Bürger El Salvadors. Die Regierung Guatemals hat Mexiko mittlerweile aufgefordert, Migranten nicht zu kriminalisieren.

LITERATUR

Roger Bartra (comp.), *Izquierda, Democracia y Crisis Política en México*, México D.F. 2007: Nuevo Horizonte Editores.

Ders., „La izquierda, en peligro de extinción?“, in: Roger Bartra (comp.), *Izquierda, Democracia y Crisis Política en México*, México D.F. 2007: Nuevo Horizonte Editores.

Enrique Krauze, „Izquierda y liberalismo“, in: Roger Bartra (comp.), *Izquierda, Democracia y Crisis Política en México*, México D.F. 2007: Nuevo Horizonte Editores.

Rosío Vargas, *Seguridad Energética en México: Una evaluación en relación con la declaratoria de San Petersburgo*, FES-Mexiko 2007.

Das Manuskript wurde am 31. März 2008 abgeschlossen.